

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 15

Ercheint Sonntags.
Bezugspreis monatlich 20 Pf. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 13. April 1924

Verlagsschäftsstelle: Berlin G. 2, Breitestr. 89 IV.
Fernruf: Merkur 5529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Beichtstuhl und Kanzel gegen unsere Gewerkschaften.

Das ist der übelsten Zeichen eines, daß man jetzt im Wahlkampf neben dem Ansturm aller reaktionären Elemente auch noch mit einer

religiösen Verhehung der Arbeiterschaft

wird rechnen müssen, hervorgerufen durch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften. Der Boden, auf dem die christlichen Gewerkschaften aufgebaut sind, wankt. Mehr als in allen anderen Gewerkschaftsrichtungen empören sich in den christlichen Gewerkschaften die Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre politische Vertretung, so daß auch dort neue Parteigeilde im Entstehen begriffen sind.

Die politische Vertretung der christlichen Gewerkschaften ist schlechthin das Zentrum, und die christlichen Gewerkschaften waren seither dessen treueste Zutreiber. Dieses Verhältnis hat durch

die unternehmerfreundliche Politik einflussreicher Führerkreise des Zentrums

einen starken Stoß erhalten. Nicht zuletzt ist es die Haltung des den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Reichsarbeitsministers, die die Empörung weiter Kreise in den christlichen Gewerkschaften wachgerufen hat. Ganz offen wird in den christlichen Gewerkschaftszeitungen der Vorwurf erhoben, daß der Reichsarbeitsminister früher zwar sozial eingestellt war, daß er sich jetzt aber wesentlich gewandelt habe und eine völlig antisoziale Haltung einnehme. Wie breit der Riß bereits klappt, zeigen Zitate aus der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft“, in der eine in jenen Kreisen selten gehörte Sprache geführt wird. Um aber die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von diesen inneren Wirren abzulenken, gefällt sich jetzt die christliche Gewerkschaftspresse darin, einen Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz vom Vorjahr auszubenten, so durch religiöse Verhehung die Position der Arbeiterschaft noch mehr schwächend.

Wie bekannt wird, hat diese Bischofskonferenz beschlossen, allen Katholiken, die nicht bereit seien, aus den freien Gewerkschaften auszutreten, die Exkommunikation anzudrohen und die christliche Gewerkschaftspresse erläutert diesen Beschluß dahingehend, daß alle diejenigen, die trotz erfolgter Aufklärung und obwohl ihnen der Eintritt in eine andere, erlaubte, Gewerkschaftsorganisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben, zum Sakramentenempfang nicht mehr zugelassen werden dürfen.

Das bedeutet bei der religiösen Einstellung weiter Volkskreise den denkbar

brutalsten, aber auch übelsten Terror,

der jemals angewandt wurde. Nach landläufiger Auffassung ist der Ausschluss aus der Kirche die größte Strafe, den diese aussprechen kann, und die christliche Gewerkschaftspresse operiert mit dieser denn auch mit unverhülltester Schadenfreude und in der Erwartung eines größeren Zulaufes aus den Kreisen der freigewerkschaftlichen Organisationen. Die christlichen Gewerkschaften schägen sich glücklich, die durch den Terrorakt der Bischofskonferenz entseelten Seelenqualen so manchen Arbeiters ummünzen zu können in einen Mitgliederzuwachs für ihre „erlaubten“ Organisationen, daneben aber auch durch den geistlichen Nachspruch ein gewaltsames Festhalten der mit der christlichen Gewerkschaftsstrategie unzufriedenen Teile ihrer Mitglieder durchzuführen zu können. Sie vermögen nicht zu erkennen, daß sie als „erlaubte“ Organisationen lediglich ein Objekt der Duldung einer Gemeinschaft sind, die zu allerletzt berufen wäre, über die Arbeitskraft des einzelnen zu befinden. Mögen die deutschen Bischöfe ihre Lätigkeit ausüben auf dem Gebiet, für das sie zuständig sein mögen, auf dem Gebiet der geistigen Beeinflussung im Sinne kirchlich-religiöser Anschauung,

auf dem Gebiet der Verwendung und Organisierung der Arbeitskraft haben sie nichts zu suchen und nichts zu bestimmen.

Ihr Vorgehen stellt nichts anderes dar, als den christlichen Gewerkschaften Zutreiberdienste zu leisten und die reichlich vorhandenen unzufriedenen Elemente unter Androhung der schärfsten Kirchenstrafe zur Reifung zu bringen. Wer sich dem nicht fügt, der bleibt unorganisiert, wenn er den Mut nicht aufbringt, sich dem Einbruch der Geistlichen in ein Gebiet, in dem sie nichts zu suchen haben, zu widersetzen. So ist der Schritt der Bischöfe nichts anderes als eine planmäßige

Erziehung zur Heuchelei

und bei der gewerkschaftlichen Bedeutungslosigkeit der christlichen Gewerkschaften ein Helfershelferdienst für den Ausbeutungshunger des Kapitals. Werts euch, ihr Kollegen und Kolleginnen, um deren Stimme das Zentrum jetzt wirbt.

Keine Stimme am Wahltag den Parteien, die so eng mit Euren natürlichen Gegnern verbunden sind.

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Mit dem Reichsverband der Etuisindustrie haben am 3. und 4. April Verhandlungen stattgefunden, die zum Gegenstand den Neuabschluss eines Manteltarif für die Etuisindustrie und eine Erhöhung der Löhne hatten. Die zweitägigen Beratungen brachten ein Ergebnis für einen neuen Manteltarif nicht. Von uns wurde verlangt, daß der neue Mantelvertrag nur für die Etuisindustrie gelten sollte. Ausgenommen sollte sein die württembergische Kartonnagenindustrie, deren Unternehmer zum Teil im Reichsverband der Etuisindustrie mit vereinigt sind. Die Unternehmer erklären, daß sie hierauf nicht eingehen könnten, denn der abzuschließende Vertrag müsse Geltung haben für alle ihrem Verband angeschlossenen Mitglieder. Sie gaben jedoch nach langen Verhandlungen zu verstehen, daß sie erst noch mit ihren Mitgliedern aus der Kartonnagenindustrie Rücksprache nehmen wollen. Um die Möglichkeit hierzu zu geben, wurde zugestimmt, daß der seitherige Mantelvertrag bis zum 15. Mai verlängert wird.

In bezug auf die Lohnfrage ist es zu einer Verständigung und zu nachstehender Vereinbarung gekommen:

Der bisherige Manteltarifvertrag wird für die dem Reichsverband angeschlossenen Betriebe bis einschließlich 15. Mai 1924 verlängert.

Unter der Voraussetzung, daß der von beiden Tarifparteien anerkannte Schiedspruch vom 29. Februar 1924 bezüglich verlängerte Arbeitszeit für die Zeit der Gültigkeit dieses Lohnabkommens in allen Betrieben, in denen die wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern, zur Durchführung gelangt, werden folgende Löhne festgesetzt:

Für die Zeit vom 4. April bis 15. Mai 1924 werden die Spitzensöhne für einen verheirateten Facharbeiter nach dem 5. Jahre nach der Ausbildung pro Stunde in

Ortsklasse Berlin auf	60 Pf.
Ortsklasse I auf	55 Pf.
Ortsklasse II auf	53 Pf.
Ortsklasse III auf	51 Pf.
Ortsklasse IV auf	49 Pf.
Ortsklasse V auf	47 Pf.
Ortsklasse VI auf	45 Pf.

festgelegt.

Die Löhne für die übrigen Gruppen und Altersklassen errechnen sich in dem Verhältnis der Abstufung des Schiedspruches vom 17. Februar 1924. Bruchteile werden nach kaufmännischen Grundfögen abgerundet.

Mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten

haben am 7. April in Weimar Verhandlungen über höhere Löhne stattgefunden, die zu einem Ergebnis nicht geführt haben. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und nunmehr soll das Reichsarbeitsministerium eine Entscheidung fällen. Die Verhandlungen vor diesem sind auf den 14. April angesetzt.

Mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer haben am 5. April in Leipzig ebenfalls Lohnverhandlungen stattgefunden, die gleichfalls zu einem Ergebnis nicht führten, da der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer einer Gleichstellung der von ihm zu

zahlenden Löhne mit denen, die von den „Api“-Verbänden gefordert werden, nicht zustimmte. Auch in diesem Falle ist das Reichsarbeitsministerium angerufen. Die Verhandlungen vor diesem sind auf den 11. April angelegt.

Reichsarbeitsminister für die Eis- und Kartonnagenindustrie.

Die beiden Schiedsprüche des Reichsarbeitsministeriums für die Kartonnagenindustrie vom 18. Januar und 15. Februar 1924 sind durch Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung, datiert vom 24. März 1924, für allgemein verbindlich erklärt worden.

Der berufliche Geltungsbereich erstreckt sich auf die gewerblichen Arbeitnehmer der Kartonnagenindustrie.

Der räumliche Geltungsbereich umfaßt das Deutsche Reich mit Ausnahme des Freistaates Württemberg. Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auch auf Württemberg bleibt vorbehalten.

Die Allgemeinverbindlichkeit des Schiedspruches vom 28. November 1923 tritt mit dem 13. Januar 1924 außer Kraft.

Der Kapitalismus ist der Träger des Krieges.

Von Th. Stauning.

Es vollzieht sich nichts in der menschlichen Gesellschaft, das sich nicht auf Interessen gewisser Bevölkerungsschichten zurückführen läßt. Die Raubzüge der Kreuzritter, die Raubzüge zur See und die Interessenskriege der Städte waren die Vorläufer der Ausnützung von Nationalismus und Krieg durch die kapitalistische Gesellschaft.

Der in der Waffenindustrie, am Bau von Kriegsschiffen, an den Pulverfabriken und am Flugzeugbau interessierte Privatkapitalismus ist eine wesentliche Vorbedingung für die Aufrechterhaltung des Rüstungswesens, und der politische Einfluß der Kapitalmacht ermöglicht die Erfüllung der privatkapitalistischen Wünsche. Die Kriege innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sind Interessenskriege zwischen Konkurrenten, die nach der Beherrschung der Märkte, der Rohstoffe, der Verkehrswege usw. streben. Es sind kleine Kriege in jedem Lande — und selbstverständlich nur in den größeren Ländern —, die einen entscheidenden Einfluß bei der Vorbereitung des Krieges ausüben. Es wurde in weitestlicher Weise gearbeitet vor Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914, und bei den Vorbereitungen wurden die nationalistischen Stimmungen, die staatlichen Interessen, die außenpolitischen Momente selbstverständlich in Betracht gezogen und ausgenutzt.

Mit Hilfe einer vom Kapitalismus bezahlten Presse werden die Bevölkerungen hypnotisiert. Sie werden mit nationalistischen Phrasen bearbeitet, mit angeblichen Kulturaufgaben und Volksinteressen, mit Versprechungen über Friede und Freiheit, aber wenn der Kriegsausbruch vorüber ist, sieht man, daß die kapitalistischen Interessenskreise die einzigen waren, die aus der Abrechnung Nutzen zogen. — Und dann beginnen die neuen Vorbereitungen für den nächsten Krieg unter der Devise „Friedensrüstungen“ und Wahrnehmung „nationaler Interessen“, wie wir es aus der Geschichte der letzten 30 Jahre vor dem Weltkriege kennen.

Die Arbeiterklasse muß Gegner des Krieges sein. Sie hat nicht gemeinsame Interessen mit der Kapitalmacht. Es ist vorzugsweise die Arbeiterklasse, die die Opfer sowohl bei den Vorbereitungen als auch während und nach dem Kriege tragen muß. Dies lehren die Erfahrungen der gegenwärtigen Zeit. Die Kriegsvorbereitungen müssen deshalb von allen denen befümpft werden, die kein ökonomisches Interesse an Kriegsrüstungen und Krieg haben. Und hierzu kann eine wirkliche Anti-Kriegspropaganda beitragen. Die großen Bevölkerungsschichten: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Wissenschaftler und Künstler; die große Masse der kleinen Gewerbetreibenden, Handwerker, Kaufleute und Bauern, die außerhalb des kapitalistischen Interessenskreises stehen, müssen verstehen lernen, daß Krieg und Kriegsrüstung eine großkapitalistische Operationsbasis bilden, wobei die nationalistischen Phrasen nur benutzt werden, um den wirklichen Tatbestand zu verschleiern. Sie müssen lernen, daß die kapitalistische Presse als ein im Dienste

der kapitalistischen Interessen stehendes Werkzeug arbeitet und daß allein die sozialdemokratische Partei unabhängig von diesen Interessen ist.

Wenn diese Rüstungsarbeit gelinzt, kann die politische Macht des Großkapitalismus gebrochen werden, und dann wird auch die Möglichkeit eines Mißbrauches der politischen Macht im Dienste der kapitalistischen Interessen — wovon die Geschichte so viele Beispiele aufweist — verringert.

Der Arbeiterklasse, die die Gesellschaft von Krieg und Kriegsrüstungen befreien will, nützt es nichts, sich auf den Sieg von Ideen und Bewegungen zu verlassen. Die Arbeiterklasse muß, in einer nicht zu erschütternden Einheit zusammengefaßt, national wie international einen unversöhnlichen Kampf gegen den Krieg und das kapitalistische System führen. Sie muß dahin streben, diese Gesellschaftsordnung zu durchbrechen und sie durch Betriebsformen zu ersetzen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Arbeiterklasse mit ihrer ganzen Kraft bestrebt sein, politischen Einfluß zu gewinnen. Fest und sicher, nach bestimmten Richtlinien, muß die Erreichung dieses Zieles erstrebt werden. Die Eroberung der politischen Macht durch Kampf, der überall notwendig sein wird, das ist der Weg zur Abschaffung des Rüstungswesens, zur Abschaffung des Krieges.

Der Ausschuß des ADGB.

trat am 18. und 19. März zu einer Tagung zusammen. In seiner Eröffnungsrede gedachte Großmann des 18. März 1848, des vereinten Freiheitskampfes des demokratischen Bürgertums und des Proletariats. Er wies ferner auf den bevorstehenden Wahlkampf hin, dessen Ausgang für die Erhaltung der Demokratie und der Republik sowie der sozialen Gesetzgebung auch den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein könne. Ein Eingreifen der Gewerkschaften bei ihrer Bedeutung als Volksorganisation sei notwendig. Zur Sicherung und Wiedererlangung des gesetzlichen Achtstundentages ist von mehreren Verbänden die Herbeiführung eines Volksentscheides beantragt worden. Der Bundesvorstand hat die Beschlußfassung darüber dem Bundesauschuß überwiesen. Großmann berichtete weiter von Bestrebungen der saarländischen Arbeiterklasse, auf die Regelung der Arbeitspolitik ihres Gebietes größeren Einfluß zu erhalten. Französischerseits werde versucht, diese Bewegung umzubiegen in eine solche nach außenpolitischer Sondervertretung im Internationalen Arbeitsamt und im IOB. Diesen Versuchen ist der Bundesvorstand rechtzeitig entgegengetreten.

In längeren Ausführungen begründete der Sekretär des Bundesvorstandes, Schulze, eine Entscheidung, die in Ergänzung der im Januar gefassten Beschlüsse gegen die kommunistische Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften weitergehende einheitliche Maßnahmen seitens der Verbandsvorstände empfahl. Umbreit behandelte die Frage, wie in diesem Jahre die Feier des 1. Mai zu einer würdigen Demonstration für die Wiedererzählung des Achtstundentages auszugestalten sei. Die ungünstige wirtschaftliche Situation werde nicht überall eine einheitliche Arbeitsruhe ermöglichen lassen. Auch die wenige Tage später stattfindende Reichstagswahl dürfe nicht darunter leiden. Wo es aber ohne ernsthafte Nachteile geschehen könne, da sollte die Arbeit ruhen.

Der Bundesauschuß billigte das Eintreten der Gewerkschaften in den Reichstagswahlkampf und empfahl dem Bundesvorstand, einen gemeinsamen Wahlaufreuf mit dem ADL-Bund zu erlassen. (Siehe Nr. 13 der „B.-Z.“)

Der Bundesauschuß beschloß die Einleitung einer Aktion zur Herbeiführung des Volksbegehrens zugunsten des gesetzlichen Achtstundentages und wählte hierzu eine vorbereitende Kommission, die alle einschlägigen Fragen zu prüfen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten und der nächsten Ausschußung zu unterbreiten hat.

Der Bundesvorstand wurde beauftragt, zu einer würdigen Feier des 1. Mai aufzurufen. Die Arbeitsruhe möge überall eintreten, wo dies ohne ernsthafte Nachteile möglich sei.

Zur nachdrücklichen Bekämpfung der kommunistischen Gewerkschaftszerstörung

erklärten sich die Verbandsvorstände bereit, die Januarsbeschlüsse des Bundesvorstandes ernstlich durchzuführen. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, gegen Ortsauschüsse vorzugehen, die sich an diesem kommunistischen Treiben beteiligen.

Ueber die neue Reichswohnungsgesellschaft, die mit Mitteln des Reichs, der Länder, Gemeinden und Gewerkschaften den Wohnungsbau fördern will, berichtete Silber Schmidt, er ersuchte um Unterstützung dieses Wirkens durch die Gewerkschaften.

Zur Erwerbslosenfürsorge wurde eine Entscheidung angenommen, in der u. a. gesagt wird: „Die zurzeit für die Erwerbslosen geltenden Unterstützungsätze erfordern eine sofortige wesentliche Erhöhung. Die Unterstützung der Erwerbslosen ist im Verhältnis zum Lohn und zu den Lebenshaltungskosten immer weiter zurückgeblieben und bedarf nicht mehr die allerersten Ausgaben. Schon allein die Erhöhung der Wohnungsmiete hat für die Erwerbslosen völlig unerträgliche Zustände geschaffen. Der Bundesauschuß protestiert entschieden gegen die neuerdings besonders durch die preussische Regierung betriebene, im höchsten Grade ungerechte Ausschaltung zahlreicher Erwerbsloser von der Unterstützung. Es muß schnellstens die Beitragspflicht durch ein Unterstühtungsrecht ergänzt werden. Reich und Länder werden aufgefordert, sofort Notstandsarbeiten in größerem Ausmaß in Angriff zu nehmen. Der Bundesauschuß protestiert weiter gegen die von einigen Länderregierungen beabsichtigte Trennung von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, Vernichtung der Selbstverwaltung und Unterstellung der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter einseitige ministerielle und behördliche Instanzen. Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge gehören ihrem Wesen nach zusammen, eine Trennung wäre gefährlich für die Wirtschaft und für die durch beide Institutionen zu lösenden Aufgaben.“

Zu dem im Juni in Wien stattfindenden Internationalen Gewerkschaftskongress wurde beschlossen, als Vertretung des ADGB zehn Delegierte zu entsenden, von denen sieben vom Bundesauschuß und drei vom Bundesvorstand gewählt werden.

Am letzter Stelle wurden Ersatzwahlen für den Bundesvorstand vorgenommen.

Ein Sieg des gesunden gewerkschaftlichen Gedankens.

Neben Berlin war es vor allem unsere Zahlstelle Leipzig, die zum Objekt der Zerstörungswut der kommunistischen Einheitsfrontapostel ausersehen war. Die langandauernde Arbeitslosigkeit von vielen Hunderten unserer Leipziger Mitglieder, die Monate andauernde Kurzarbeit etlicher Tausende mit ihren nervenzerrüttenden Bitterkeiten hat die Gesamtkollektive zermürbt. Hierauf bauten die gewerkschaftszerstörenden Elemente, um unsere Leipziger Verwaltung in ihre unsauberen Hände zu bekommen.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle wurde am 5. April durch Umwahl der Mitglieder neu zusammengesetzt. Zur Wahl standen zwei Listen, eine gewerkschaftliche mit dem Spitzenkandidaten Bönisch und eine kommunistische mit dem berühmten Kollrich an der Spitze. Von den mehr als 7000 Mitgliedern der Zahlstelle haben leider nur 2277 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von diesen stimmten:

Für die gewerkschaftliche Liste	1391 = 61,1 Proz.
Für die kommunistische Liste	816 = 35,8 „
Ungültige Stimmen	70 = 3,1 „

Die gewerkschaftliche Liste ist demnach mit großer Mehrheit gewählt und die Absicht der Gewerkschaftszerstörer, unsere Leipziger Ortsverwaltung zu erobern, um die Zahlstelle dann nach bekanntem Muster zu zerreißern, vorbeigelungen.

Ungeachtet der schwachen Wahlbeteiligung scheint jedoch die Wahlung an unsere Mitglieder nicht unangebracht, aus ihrer nun schon seit langem beobachteten Reserve herauszutreten und wieder tätigen Anteil an den Organisationsarbeiten zu nehmen. Die Lausheit der Gewerkschaftsmitglieder ist die beste Hilfe für die Gewerkschaftszerstörer. Wer diese nicht unterstützen will, stelle sich seiner Ortsverwaltung zur tätigen Anteilnahme an den Gewerkschaftsarbeiten zur Verfügung.

Deutsche Kapitalisten pressen in ausländischen Luxusstädern.

Es geht den Kapitalisten wirklich „schlecht“! Man lese nur die Interessen dieser Leute dienenden bürgerlichen Zeitungen. Und trotzdem sind sie in Massen dort zu finden, wo alles sehr teuer ist, wo viel Geld verschwendet wird, wo sie aber nicht zu arbeiten brauchen. Das „Leipziger Tageblatt“ läßt sich in einem Briefe aus Meran schreiben:

„In Meran sind angeblich 7000 Gäste; davon sind nach einer oberflächlichen Fählung 200 Italiener, 250 Prager, 500 Budapestler, 1000 Wiener und 5000 Berliner. Nach einer anderen Version sind aber 10000 Gäste anwesend, von denen 200 Italiener, 250 Prager, 500 Budapestler, 1000 Wiener und 8000 Berliner sind.“

Die deutschen Kapitalisten bevölkern die ausländischen Luxusstädern. Sie beziehen die teuersten französischen Weine, kaufen in den Städten die aufgeschapelten Delikatessen und jammern dabei über ihre „furchtbare Not“, über die „entsetzlich hohen, völlig untragbaren Steuern“ und über die „Begehrlichkeit der Arbeiter“, die durchaus nicht zehn Stunden für solche Parasiten tätig sein wollen. Arbeiter und Arbeiterinnen, merkt euch das bis zu den Reichstagswahlen und erteilt die Quittung dafür durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels!

Aus der Gewerkschaftsbewegung des Auslandes.

Die Arbeiter und die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten.

(SGB.) Da es in den Vereinigten Staaten noch keine Arbeiterpartei von Bedeutung gibt und die Wahlen vollständig von den beiden alten Parteien der Demokraten und Republikaner beherrscht werden, sind die Arbeiter jeweils bestrebt, ihre Unterstützung bei Wahlen Kandidaten dieser beiden Parteien zu leisten, die ihr Interesse für die Sache der Arbeiter in der Praxis bewiesen haben. Dieses Jahr nun ist hauptsächlich vom großen Amerikanischen Verband der Buchbinder (International Brotherhood of Bookbinders) eine große Kampagne zugunsten George L. Berrys als demokratischen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft eingeleitet worden. George L. Berry ist das typische Beispiel eines amerikanischen „Selbstmademan“. Mit acht Jahren mußte er bereits sein Brot verdienen. Er arbeitete in der Folge als Goldgräber, Streckenarbeiter, Farmer usw. Er wurde 16 Jahre alt, bis er sich den Luxus leisten konnte, lesen und schreiben zu können. Bald darauf begann sein rascher Aufstieg. Heute ist Berry Präsident des Buchdruckerverbandes („International Printing Pressmen and Assistants Union“), der unter seiner Führung einen gewaltigen Aufschwung nahm. Er gründete Zeitungen, errichtete Sanatorien, leitete große Farmen, vertrat den Amerikanischen Gewerkschaftsbund und die amerikanische Regierung in vielen wichtigen Missionen. Als Politiker vertritt er u. a. in seinem Programm die Idee der schiedsgerichtlichen Schlichtung von Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern.

Die kapitalistische Gegenoffensive in Belgien.

Trotzdem die neue Regierung aus dem Sturz des letzten Kabinetts einige Lehren gezogen hat und durch den Mund des Ministerpräsidenten z. B. in der Presse erklärte, daß sie die bestehenden Gesetze halten werde, sowohl was den Achtstundentag als auch die Maßnahmen gegen die Teuerung betrifft, hält die Reaktion bereits zum Gegen Schlag aus. Wopertsoen, Arbeits- und Industrieminister im gefallenen Kabinett, hat sogar noch in der letzten Minute vor seinem Abgang der Arbeiterklasse einen neuen Schlag versetzt, indem er ein gegen die Arbeitslosen gerichtetes Dekret vorlegte, das den einzigen Zweck hat, die Gewerkschaften auszuschalten und an ihre Stelle bloße Verwaltungsapparate zu setzen. Der Arbeitslose soll zur Annahme von Arbeit verpflichtet werden, die in 99 von 100 Fällen mit den Forderungen der Gewerkschaften unvereinbar sind. Selbst das Prinzip des Minimallohnes ist in Gefahr gebracht worden.

Das Zentralkomitee der Industriellen ist andererseits im Begriff, das französische Beispiel der Opposition gegen die Indeziffern nachzuahmen. Es ver-

öffentlicht ein Dokument, worin gesagt wird, daß die offiziellen Ziffern der Regierung allerdings richtig seien, hingegen sollten sie nach einem andern Prinzip berechnet werden. Mit kaltem Zynismus wird gesagt, daß viele der in Betracht gezogenen Produkte von den Arbeitern gar nicht konsumiert werden und deshalb bei verschiedenen Lebensmitteln, wie frischem Fleisch, Butter usw., die Preise der in vielen Familien verwendeten schlechten Erzeugnisse den Berechnungen zugrunde gelegt werden sollen. Die Devise heißt also: Arbeiter, eßt minderwertige Nahrungsmittel, damit auf dem Wege über die Indeziffern die Löhne herabgesetzt werden können.

War es mit den Indeziffern bei uns im Vorjahre nicht ähnlich?

Die Lage der polnischen Arbeiterschaft.

Aus polnischen gewerkschaftlichen Kreisen erhält der Preskeditors des SGB folgende Mitteilungen über die Lage der polnischen Arbeiterschaft:

„Seit zwei Monaten steht unser ganzes wirtschaftliches Leben unter dem Zeichen der Sanierung unserer Finanzen und der Stabilisierung der Valuta. Die betreffenden Verordnungen und speziell die Einstellung der Staatskredite für Industriezwecke haben eine starke Krise in der Industrie und enorme Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die Industriellen wollen die Krise zur Verlängerung der Arbeitszeit ausnützen, u. a. unter dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Abwehrkampfes gegen die Konkurrenz der deutschen Industrie. Speziell stark ist der Druck in polnischen Oberschlesien, wo das polnische Gesetz über die 46-Stunden-Woche keine Gültigkeit hat und die Arbeitszeit nach der deutschen — in Deutschland schon außer Kraft gesetzten — Verordnung von 1918 geregelt ist. Bis jetzt ist es uns gelungen, den Angriff der Industriellen abzuwenden. Die diesbezüglichen Pläne der Industriellen trafen auf den energischen Widerstand der Arbeiterschaft — und sogar der Regierung. Der Ministerpräsident erklärte z. B. öffentlich, daß er auch weiterhin seinem Versprechen treu bleiben und keine der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse verschlechtern werde.“

Trotzdem stehen wir immer vor der Gefahr — speziell in Oberschlesien —, daß nach deutschem Muster die Arbeitszeit verlängert wird. Wenn das einmal in Oberschlesien der Fall wäre, würde uns auch im übrigen Polen kein Gesetz mehr retten können. Der polnische Gewerkschaftsbund hat sich kürzlich mit der Arbeitszeitfrage beschäftigt, und es wurde der Beschluß gefaßt, den Achtstundentag bis zum äußersten zu verteidigen. Trotzdem aber sind wir uns bewußt, daß unsere Lage sehr schwer ist.“

Technisches aus einer amerikanischen Großbuchbinderei.

In der Zeitschrift „British and Colonial Printer“ wird ein Referat über die „Fortritte in den Buchbindereien Nordamerikas“ wiedergegeben, das der Leiter der nordamerikanischen Staatsdruckerei, Herr Carter, in einer Versammlung des Vereins nordamerikanischer Buchbindereibesitzer gehalten hat. Ein Auszug dieses Referates in der „Papier-Zeitung“, überfetzt von deren Hauptchriftleiter S. Ferenczi, zeigt, daß in ihm eine Reihe interessanter Mitteilungen enthalten sind, die wir unseren Lesern, vor allem im Hinblick auf den absoluten Mangel von beruflichen Mitteilungen aus Nordamerika, nicht vorenthalten können. Es heißt da:

„Die alten Buchbinder müssen nach den wunderbaren Bucheinbänden, die in den europäischen Buchersammlungen ausliegen, Meister in vielen Künften gewesen sein. z. B. im Steinschnitt, als Kupferschmiede, Silber- und Goldschmiede, Holzschnitzer, Maler, Tapezierer und sogar Blechschmiede. Trotzdem glaube ich nicht, daß die Buchbinder der alten Zeit bessere Facharbeiter gewesen sind als die heute in unseren besten amerikanischen Buchbindereien beschäftigten. Es liegt in den heutigen Bucheinbänden oft mehr Kunst als in den kostbaren und übertrieben ausgeschmückten, die bei den früheren Handwerkern beliebt waren. Es taucht die Frage auf, wer ein Buchbinder ist und warum. Diese Frage wurde z. B. aufgeworfen, als die Arbeiter an den Liniermaschinen den Vortragenden zu überzeugen suchten, daß sie keine Buchbinder seien, während die Arbeiter an den Falzmaschinen ihm einreden wollten, daß sie Buchbinder seien. Der Zweck beider Versuche war,

höheren Lohn zu erhalten. Buchbinder, die eine Fadenheftmaschine bedienen, erheben den Anspruch, daß diese Maschine zur Buchbinderei gehöre, dabei wird sie durch weibliche Arbeiter zum halben Lohn betrieben. Die Einführung von Buchbindereimaschinen hat eben dieses Gewerbe so mannigfaltig gestaltet, daß Buchbinder, die alles leisten können, von der Bedienung der Schneidemaschine an bis zur Fertigausrüstung von kunstvollen Einbänden, so selten sind wie Irlander in Jerusalem.“

Ueber die Anlage der Regierungsbuchbinderei heißt es:

„Hergestellt werden in der Regierungsbuchbinderei Bibliothek-, Heft-, Verlags- und Geschäftsbuch-Einbände. Der Betrieb nimmt drei Stockwerke des großen Gebäudes ein, das fast einen halben Straßenblock umfaßt. Große Vorratsräume in den anschließenden Lagerräumen sind mit Vorräten gefüllt. Im Jahre 1923 wurde die Anlage neu angeordnet und der Reihenfolge des Arbeitsganges so angepaßt, daß jedes überflüssige In-die-Hand-Nehmen und Zurückfahren vermieden wird. So wurden früher alle Abzieldrucke im zweiten Stock hergestellt und zum Schneiden und Packen in den fünften Stock gebracht, dann nach einem Aufzug gefahren, der sie im ersten Stockwerk abließerte; das Schneiden und Verpacken wird jetzt im zweiten Stockwerk besorgt neben den Abzieldruckpressen und die fertige Arbeit zur Verladung unmittelbar in das darunter liegende Stockwerk gebracht, entweder durch einen selbständigen Aufzug oder durch einen Förderer, je nachdem die Arbeit eine Karre füllt oder nicht. Für volle Karren wird der selbsttätige Aufzug benutzt, um das Erzeugnis dem unten wartenden Auto abzuliefern, das die volle Karre zu ihrem Bestimmungsort bringt, wo sie entladen wird.“

Durch die neue Einteilung gelangen ferner die Leinwand und die Verlagsarbeit von den Sammelmaschinen in ununterbrochenem Zuge zur Ablieferung, ohne ein einziges Mal zurückgetragen zu werden. Die dadurch erzielten Ersparnisse und die Beschleunigung der Arbeit sind sehr wesentlich bei der ungeheuren Menge von Arbeit, die regelmäßig von der Staatsdruckerei geleistet wird. So salzte die Regierungsbuchbinderei im Jahre 1923 rund 200 Millionen Bogen, sammelte durch die Maschine 162 Millionen Stripaturen, heftete 92 Millionen Stripaturen, durchlochte oder fräste 80 Millionen Exemplare, beschnitt 73 Millionen Bücher und heftete mit Faden 49 Millionen Stück, befestigte 7 Millionen Stück mit Papier, rundete und verschmückte mit Rücken 1,3 Millionen Bücher, verpackte 1,4 Millionen Bücher in Futterale, verah 2,4 Millionen Bücher mit Titelprägung, linierte 28 Millionen Bogen und stellte 3 Millionen Schreibblöcke her. 70 Arbeiter sind lediglich mit dem Einbinden von Büchern und dem Aufziehen von Bandarten, Drucken und Handschriften beschäftigt. Ein Teil dieser Arbeiter reinigt und glättet zerknüllte und zerfessene Manuskripte von großem historischen Wert und klebt jedes Blatt auf Gewebepapier auf. Eine sehr heikle Arbeit war das Sammeln, Juridisten und Einbinden von 153 Bänden der berühmten Whistler-Sammlung von Briefen, Anmerkungen und Ausschritten, die der Bücherei des Kongresses geschenkt wurden, nachdem die Verfasser ihre Arbeit über die Lebensbeschreibung des berühmten Künstlers beendet hatten. Eine andere eigenartige Arbeit war die Herstellung eigentümlich geformter Schachteln in chinesischem Stil für eine große Sammlung orientalischer Bücher. Diese Schachteln waren oben zu öffnen und durch Eisenstücke zu schließen. Jede Schachtel war mit Etiketten in chinesischen Schriftzügen beschriftet. — Oft werden große Auflagen von Worten hergestellt, die nur 100 bis 200 Seiten Text, aber so viele auf Blattgröße zusammengesetzte Bandarten und Zeichnungen enthalten, daß ein Buch 3 bis 4 englische Zoll dick ist. Manche dieser Bandarten haben 88x48 englische Zoll Größe. Geschäftsbücher jeder Art und Größe werden hergestellt, auch solche für lose Blätter. Registertypen werden mit allen Arten von Stanzungen geschnitten.“

Ueber die Ausstattung der Buchbinderei wird gesagt: „Sie enthält 52 Fadenheftmaschinen, 34 Falz-, 33 Schneidemaschinen, 8 Dreischneider, 16 Liniermaschinen, 13 Stanz- und Fräsmaschinen, 13 Drahtheftmaschinen, 6 ununterbrochen arbeitende Heftmaschinen, 3 kombinierte Maschinen zum Betreiben und Aufbringen der Kopfbänder und

2 kombinierte Sammel-, Heft- und Anklebemaschinen. Die meisten Falzmaschinen haben selbsttätige Anleger. In letzter Zeit wurde eine Maschine aufgestellt, die bei selbsttätiger Zuführung die Bogen folgt, einsetzt und bestet und die Broschüre mit Umschlag verstreift. Druckstempel für fein gebundene Bücher wurden angeschafft, um an Handarbeit zu sparen und die Abwicklung großer Auflagen zu beschleunigen.

Der Betrieb dieser Buchbinderei erfordert 950 Angestellte, von denen 257 gelernte Buchbinder und die übrigen zum größten Teil weibliche Falzler und Hilfsarbeiter sind. Dies bedeutet eine Verminderung um 290 Personen gegen die letzten zwei Jahre, ohne daß die Arbeit wesentlich abgenommen hätte. Die Buchbinder und die Maschinenarbeiter erhalten einen Lohn von 75 Cents die Stunde, wozu eine jährliche Vergütung von 240 Dollar vom Kongreß bewilligt wurde. Die tatsächliche Entlohnung beträgt also 85 Cents die Stunde für Tagarbeit und 1 Dollar die Stunde für Nachtarbeit. Die Angestellten erhalten jährlich 30 Tage Urlaub. Die gesetzlichen Feiertage sowie die Sonnabendnachmittage in den drei Sommermonaten sind frei bei voller Bezahlung. Die Regierung gibt den Arbeitern auch eine Altersrente, die 720 Dollar jährlich erreicht, wenn sie älter als 65 Jahre sind und 30 Jahre Dienstzeit aufweisen. Betriebsunfälle werden entschädigt. Alle Angestellten werden vor ihrer Anstellung auf ihren Gesundheitszustand untersucht.

Die Rohstoffe werden geprüft und auf ihre Normung wird hingearbeitet. Insbesondere gilt dies vom Papier. Man hat sich bemüht, Leinen ausfindig zu machen, das dem Insektenfraß Widerstand leistet; voller Erfolg wurde noch nicht erzielt. Steifweiden widersteht den Insekten ziemlich. Kürzlich wurde ein besonders hergerichteter Steifweiden geprüft, das, dem Angriff einer Schar gewöhnlicher Küchenfliegen 60 Stunden lang ausgesetzt, kaum angegriffen war, jedoch von der hungrigen Horde in den folgenden 15 Stunden schwer beschädigt wurde. (Vor mehreren Monaten war das Weiße Haus in Washington sehr bestürzt über die Vernichtung von Büchern auf dem Tisch des Präsidenten; die Angestellten glaubten, daß die Bücher von der Regierungsbuchbinderei sorglos behandelt worden waren. Es zeigte sich jedoch, daß der Schreibtisch des Präsidenten von Küchenfliegen heimgesucht war, die auf seinen Büchern tüchtig schmauseten, so oft er nicht anwesend war.) Zwei Mittel wurden versucht, um das Bücherleinen den Käfern weniger verlockend zu machen. Das eine ist, dem Leinenstoff Gift zuzufügen, aber das kann für die Buchbinder gefährlich werden und auch für andere, die mit den Bänden zu tun haben, besonders für Kinder, die die Deckel mitunter lauen. Ueberdies leidet das Insekt durch das Gift erst, nachdem es das Buch angegriffen und beschädigt hat. Das andere Mittel ist, das Leinen des Einbandes mit Firnis, Schellack oder gelöstem Zellstoff zu bestreichen. — Kunstleder sind gewöhnlich insektenfest, lassen sich jedoch weniger gut bearbeiten und beschränken die Auswahl des Bindestoffes. Das Laboratorium der Buchbinderei hat genaue Vorschriften ausgearbeitet für Bücherleinen aller Art, die für die Buchbinderei angeschafft werden. Die Vorschriften umfassen Gewicht, Webart, Zahl der Fäden in Kette und Schuß auf den englischen Zoll, Zugfestigkeit, Farbenbeständigkeit und Glätte.

Auch für Buchbinderleder wurden genaue Vorschriften festgelegt, aber man konnte bisher keine Lederfabrik finden, die Leder von gewünschter Güte geliefert hätte. Das Buchbinderleder ist durch die Verwendung minderwertiger Gerbstoffe so schlecht geworden, daß das heute verfügbare Leder gewöhnlich weniger haltbar ist als die besseren Sorten von Kaliko. Infolge dieses bedauernden Umstandes hat die Regierungsbuchbinderei den Kauf von Schaf- und anderen Ledern für das Einbinden wichtiger Veröffentlichungen eingestellt, man bindet diese Ausgaben jetzt in Kaliko. Die Regierungsvorschrift für Marokko fordert, daß die Haut ausschließlich mit Pyrogallussäure gegerbt sei, die aus Sumachrinde oder Kastanienholz gewonnen wird. Der Säuregehalt des Leders darf höchstens 0,6 v. H. und der Alkengehalt 0,8 v. H. betragen, mineralische Weich- oder Füllstoffe sind verboten. Leder erfüllt keine Gerberei die Vorschriften, obwohl sie erfüllbar wären. So zerstören die Gerber ihren eigenen Markt, indem sie ständig minderwertige Gerb- und Füllstoffe und Säuren verwenden und dadurch die Lebensdauer des

Leders vernichten. Alle von der Regierungsbuchbinderei gekauften Leder werden chemisch untersucht, und die Handelsbuchbinder sollten diese Bestrebungen unterstützen, indem sie Leder nach den Vorschriften der Regierungsbuchbinderei kaufen.

Heftzweirn und Farbstoffe werden gleichfalls geprüft. Man findet manchmal bei Büchern, die umgebunden werden, daß die Einbanddecke noch gut ist, aber der Heftzweirn nachgegeben hat. Es zeigt sich dann meistens, daß der Zweirn aus Jute, Hanf und geringeren Stoffen gefertigt ist anstatt aus Leinen.

Auch alle anderen für die Buchbinderei nötigen Roh- und Hilfsstoffe werden genau auf Gewicht, Festigkeit und Weibart geprüft. Beim Prüfen der Vintierfarben hat man eine blau-schwarze Farbe herausgefunden, die sehr zufriedenstellend, dauerhaft und wasserfest ist. Farbstoffe werden nicht mehr als „Vintierpulver“ gekauft, sondern müssen ihren richtigen chemischen Namen führen. Auf diese Weise erhält man reine und haltbare Farben.

Dies alles zeigt die Wichtigkeit der Chemie für die Buchbinder, die Notwendigkeit genauer Normen für die zu verwendenden Stoffe und den Wert von Laboratoriumsprüfungen durch Leute, die die Bedürfnisse des Gewerbes kennen und in der Ausführung chemischer Prüfungen bewandert sind. Die Regierungsbuchbinderei gibt allen Buchbindern in den Vereinigten Staaten gern Auskunft über diese Bestrebungen und will mit dem Verein amerikanischer Buchbinderbesitzer Hand in Hand arbeiten, um genaue Vorschriften festzustellen.

Zur Entwicklung des Buch- und Zeitschriftengewerbes.

Das unwirtschaftliche Schreckensjahr 1923 hat auch auf dem Büchermarkt seine deutlichen Spuren hinterlassen. Wie Herr Dr. Hans Praesent in einem Aufsatz über die deutsche wissenschaftliche Literatur der beiden letzten Jahre im „Literarischen Zentralblatt“ ausführt, ist eine Abnahme der Neuerscheinungen im Jahre 1923 festzustellen. Dieser Rückgang der Erzeugung fällt natürlich zumeist in die zweite Hälfte, in der der rasche Währungsverfall jede wissenschaftliche und wirtschaftliche Arbeit unmöglich zu machen drohte. Erst nach der Stabilisierung der Mark im November setzte die Unternehmungslust auch auf dem Büchermarkt wieder ein und scheint seitdem anzuhalten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einlieferung der Quartalsabrechnungen. Wir ersuchen dringend, die Abrechnungen vom ersten Quartal schnellstens fertigzustellen und an uns einzuliefern.

Die bis zum Schluß des ersten Quartals im Gebrauch gemessenen alten Beitragsmarken — grün überdruckte Marken der Klassen 1 bis 36 — sind mit der Abrechnung an die Verbandskasse einzuliefern, wobei alle am Sollbestand fehlenden Marken als verkauft mit zu verrechnen sind.

Die örtlichen Bevollmächtigten sowie auch die Revisoren der Zahlstellen sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß spätestens bis Ende April die Abrechnungen bei der Verbandskasse eingetroffen sind.

In der Bilanz der Abrechnung sind bei Ziffer 9 der Ausgaben, als an die Verbandskasse eingekauft, neben den im Laufe des Quartals eingekauften Beitragsgeldern auch die eingekauften Beträge für die von den Angestellten des Verbandes für das erste Quartal geleisteten Beiträge zur Funktionär-Unterstützungskasse (2 Proz. des Gehalts) mit einzustellen.

Die im Laufe des ersten Quartals eingekauften Gelder für die von den Zahlstellen aus lokalen Mitteln für das vierte Quartal 1923 zu leistenden Beiträge zur Funktionär-Unterstützungskasse dürfen nicht als „Eingekauft“ in die Abrechnung eingestellt werden, weil die Verrechnung der Gelder für die Funktionärkasse durch die Abrechnung erst für die vom 1. Januar 1924 ab dafür fälligen Beiträge gelten soll.

2. Die Beitragsleistung der Gau- und Zahlstellen für die Funktionär-Unterstützungskasse mußte vom 1. Januar 1924 ab auf 1/2 Proz. oder 5 vom Tausend der Beitragseinnahme erhöht werden, weil bei dem

Die Krise zeigt sich deutlich in der Statistik. Während von der Deutschen Bucherei Leipzig 1922 noch 50 182 bibliographische Einheiten als Zuwachs verzeichnet werden konnten, wovon als Neuerscheinungen 26 733 Titel registriert wurden, sind die Zahlen für 1923 bedeutend geringer. Der Gesamtzuwachs der Deutschen Bucherei betrug nur 36 647 Einheiten, und an Neuerscheinungen wurden 21 940 gezählt.

Werkwürdig war auch die Entwicklung auf dem Gebiete der Zeitschriften. „Die Jahre der wahllosen und überaus zahlreichen Zeitschriften-Neugründungen, besonders auf dem Gebiete der Politik, des Sozialismus und der allgemeinen Lebenserneuerung, scheinen glücklich übermunden zu sein,“ sagt Praesent. In den ersten Nachkriegsjahren konnte die Deutsche Bucherei täglich durchschnittlich drei neue deutsche Zeitschriften feststellen, von denen allerdings viele bereits nach der ersten Nummer eingingen. Im Jahre 1922 ermittelte sie 684 neue periodische Organe, und 1923 gingen ihr immerhin noch 395 neue Zeitschriften zu, also täglich mehr als eine. Im letzten Vierteljahr war jedoch schon wieder eine Zunahme zu bemerken, und zwar werden jetzt wertvollere Organe gegründet oder vorübergehend eingestellte leben mit neuem Programm wieder auf.

Internationales.

Italien. Unser italienischer Bruderverband teilt uns mit, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im ganzen Reiche, mit Ausnahme von Norditalien, neu geregelt sind. Bemerkenswert ist dabei, daß trotz des faschistischen Druckes, der über allen freien Gewerkschaften liegt, die Lohnhöhe gehalten werden konnte. Beseitigt durch gesetzliche Verordnung ist der 1. Mai als Feiertag. Die Arbeitsvermittlungseinrichtungen des italienischen Verbandes sind, ebenfalls durch gesetzgeberische Maßnahmen, zu paritätischen geworden, an denen neben dem Verband jetzt noch die Unternehmer und die faschistischen Organisationen Anteil haben. Wie wir dem Schreiben des italienischen Verbandes entnehmen, hat unsere Kollegenschaft trotz aller Bedrückungen noch immer die gute Hoffnung, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Unser Wunsch ist, daß dies baldigst geschehen möge.

Internationaler Anti-Kriegstag 1924
am 3. Sonntag im September.

bisherigen Satz mit 2 vom Tausend sich so geringe Beträge — in diesen Fällen nur einzelne Pfennige — ergeben würden, die kaum zu zahlen und zu verbuchen sind. Die Zahlungen kommen bei Festsetzung von 1/2 Proz. der Beitragseinnahme ungefähr wieder auf die gleiche Höhe, wie sie im Jahre 1913 erstmals vom Verbandstag festgelegt war.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1923 gingen weiter bis zum 8. April bei der Verbandskasse ein von: Pannitz 2000 M., — Bernau 780 000 M., — Göttingen (3. u. 4. Quartal) — Wt., — Minden 7 156 278 900 T., — Mannheim-Ludwigshafen (3. u. 4. Quartal) 67 354 125 M., — Gera (3. u. 4. Qu.) — Wt., — Gotha 2 000 000 300 T., — Dörfel 10 855 000 M., — Jülich 2 000 500 M.

Es schluß immer noch die Abrechnungen von den Zahlstellen Rottbus, Weidam, Stolp, Tilsit, Leer, Neuruppin, Waufried, Wälsheim, Weheim, Grünhald, Rätterslautern, Kirchheimbolanden, Neukab, Saarbrücken, Ahrenshausen, Gehr, Merseburg, Schmalkalden, Zeit, Reichenau.

Die Gau- und Bezirksleiter werden dringend ersucht, umgehend einen ausführlichen Bericht über die Verhältnisse in diesen säumigen Zahlstellen ihres Bezirks an uns einzuliefern.

Adressenänderungen.

B. — Bevollmächtigter. K. — Kassierer.
Gewe. B.: A. Adler, Feldmannstraße 3.
K.: G. Wüllings, Hohenzollernstr. 34. Alle Änderungen an Adler richten.
Stettin. B.: P. Höring, Kronenbühlstr. 12 r. Seitenfl. II.
K.: B. Wuraw, Preußische Str. 41, I. Seitenfl. II. r.

Der Verbandsvorstand.